

Union wankt bei Rentengesetz

enn. BERLIN, 3. Juni. Die Union erwägt nun offenbar doch, den bisher heftig kritisierten Gesetzentwurf von Bundessozialministerin Ulla Schmidt (SPD) zur vorgezogenen Fälligkeit der Sozialbeiträge passieren zu lassen. Damit könnte das Gesetz, wie von der Bundesregierung geplant, Anfang 2006 in Kraft treten und zur Stabilisierung des Rentenbeitragsatzes im kommenden Jahr beitragen. Eine Arbeitsgruppe der unionsgeführten Länder, die im Bundesrat die Mehrheit bilden, traf am Freitag dem Vernehmen nach noch keine Entscheidung zum Abstimmungsverhalten. Einige Unionsländer plädieren dafür, auf einen Einspruch zu verzichten, um nach einem möglichen Wahlerfolg die drohende Beitragssatzerhöhung spätestens im November zu vermeiden. Die Sozialpolitiker der Unions-Fraktion haben den Entwurf, der am 16. Juni im Bundestag abschließend gelesen werden soll, bislang mit dem Argument abgelehnt, der Mittelstand würde durch die vorgezogenen Zahlungen zu sehr belastet. Der CDU-Abgeordnete Andreas Storm sagte dieser Zeitung am Freitag in Berlin, er halte das Gesetz weiterhin für falsch und ein „Durchwinken“ für unwahrscheinlich.

Mit dem Entwurf will die Regierung die Fälligkeit der Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen vorziehen. Die Unternehmen sollen sämtliche Beiträge künftig nicht mehr in der Mitte des Folgemonats, sondern am Ende des Vormonats – gleichzeitig mit den Lohnzahlungen – an die Sozialkassen überweisen. Dies verschafft den Sozialkassen einmalig eine zusätzliche Liquidität von 20 Milliarden Euro, davon entfallen 9,6 Milliarden Euro auf die Rentenkassen. Ohne diese Notoperation müßte der Beitragssatz zur Rentenversicherung 2006 voraussichtlich von 19,5 auf 20 Prozent der Bruttoeinkommen steigen.

Höhere Zuverdienste für Arbeitslose

nf. BERLIN, 3. Juni. Der Bundestag hat am Freitag in Berlin mit den Stimmen aller Fraktionen bei Enthaltung der FDP die verbesserten Hinzuverdienstmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose beschlossen. Danach wird vom 1. Oktober an ein pauschaler Freibetrag von 100 Euro nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet. Von einem monatlichen Hinzuverdienst zwischen 100 und 800 Euro bleiben außerdem 20 Prozent, von 801 bis 1200 (mit Kindern: 1500) Euro 10 Prozent anrechnungsfrei. Wer mehr als 400 Euro hinzuverdient, kann bei Nachweis auch höhere Werbungskosten geltend machen. Die Kosten des Kompromisses, den Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) und der Arbeitsmarktfachmann der Unionsfraktion, Karl-Josef Laumann, ausgehandelt hatten, beziffert die Bundesregierung auf 480 Millionen Euro im Jahr. Dem stünden Entlastungen durch zusätzliche Arbeitsverhältnisse von 320 Millionen Euro gegenüber. Der FDP-Politiker Heinrich Kolb nannte die Neuregelung nicht ausreichend, um Verzerrungen durch Ein-Euro-Jobs zu beseitigen. Auch nach der verbesserten Regelung müsse ein Langzeitarbeitsloser auf dem ersten Arbeitsmarkt mindestens 850 Euro hinzuverdienen, um das gleiche Zubrot wie ein Ein-Euro-Jobber zu erhalten. Die FDP will daher den Freibetrag für Zuverdienste bis 600 Euro auf 40 Prozent erhöhen. Der CDU-Politiker Wolfgang Meckelburg distanzierte sich von dem frühen Starttermin der Neuregelung. Es habe deutliche Hinweise aus der Bundesregierung und der Bundesagentur für Arbeit (BA) gegeben, daß die EDV hierfür zum 1. Oktober noch nicht funktionsfähig sei.

Urabstimmung für Streiks in der Papierindustrie

BERLIN, 3. Juni (dpa). Im festgefahrenen Tarifstreit der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie stellt die Gewerkschaft Verdi die Weichen auf Streiks. Vom 20. bis 24. Juni ist eine Urabstimmung geplant. Am Abend waren die Tarifverhandlungen für die bundesweit rund 95 000 Beschäftigten der Branche ohne Einigung nach der neunten Runde abgebrochen worden. In dem seit Monaten schwellenden Tarifkonflikt fordert Verdi für die Beschäftigten 3,7 Prozent mehr Geld und lehnt die Forderung der Arbeitgeber nach Öffnungsklauseln für längere Arbeitszeiten ab. Um den Druck zu erhöhen, hatte die Gewerkschaft am Freitag an mehreren Orten erneut zu Warnstreiks aufgerufen. Für unbefristete Arbeitskampfmaßnahmen ist in der Urabstimmung eine Mehrheit von 75 Prozent nötig.

Biergärten sollen zur WM bis Mitternacht öffnen

nf. BERLIN, 3. Juni. Union und FDP wollen Biergärten, Terrassen- und Straßencafés während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 längere Öffnungszeiten erlauben. Statt um 22 Uhr soll erst um Mitternacht Zapfenstich sein. Die Opposition forderte Bundestag und Bundesregierung am Freitag auf, eine „Bundes-Immissionschutzverordnung Außengastronomie“ zu erlassen, in der für Reden, Lachen oder Singen höhere Lärmgrenzwerte erlaubt werden als für technische Geräusche wie beispielsweise Bohren, Hämmern oder Sägen. Die derzeitige Gesetzeslage sei unbefriedigend und trage dem veränderten Ausgehverhalten der Bürger nicht Rechnung. Nötig sei eine bundeseinheitliche Regelung. SPD und Grüne halten neue Gesetze für überflüssig; die bisherige Regelung durch Länder und Kommunen erlaube genügend Flexibilität.

Strom und Gas könnten bald billiger werden

Koalition und Opposition einig über neue Regulierung der Durchleitung / Neues Energiewirtschaftsgesetz voraussichtlich im August in Kraft

mas. BERLIN, 3. Juni. Mit rund einjähriger Verspätung wird das Energiewirtschaftsgesetz aller Voraussicht nach in Kraft treten. Nach einem Treffen der zuständigen Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses zeigten sich Vertreter von Koalition wie Opposition zuversichtlich, daß man sich in einer Woche endgültig einigen wird. Mit dem Gesetz wird die Durchleitung von Strom und Gas neu geregelt. Eine Vorab-Regulierung soll für mehr Wettbewerb und damit sinkende Preise sorgen. Das Gesetz hätte nach den EU-Vorgaben schon Mitte 2004 gelten sollen. Nach der über Mitternacht hinausgehenden Sitzung wird damit gerechnet, daß es mit den dazugehörigen Verordnungen am 1. August in Kraft treten kann.

Die wirtschaftspolitische Sprecherin der Unionsfraktion Dagmar Wöhr zeigte sich zuversichtlich. „Ich gehe davon aus, daß das Energiewirtschaftsgesetz noch in diesem Sommer in Kraft treten kann“, sagte sie dieser Zeitung. „Wir haben uns in guter Atmosphäre über die wesentlichen politischen Streitpunkte grundsätzlich geeinigt.“ Eine endgültige Einigung, von der Verbraucher und Energiewirtschaft profitierten, sei daher in der nächsten Woche möglich. „Wenn die Änderungen beschlossen werden, wird das Gesetz für mehr Wettbewerb sorgen und damit zu sinkenden Energiepreisen führen.“ Ähnlich äußerte sich die Grüne Michaela Hustedt: „Ich bin sehr optimistisch, daß wir das schaffen“, sagte sie der F.A.Z. „In der Nacht hat es einen riesigen Sprung gegeben, beide Seiten haben sich ordentlich bewegt.“ Es handelt sich nach ihren Worten um ein „tolles Gesetz“, da man mit der Regulierungsbehörde einen kompetenten und mit Macht ausgestatteten Schiedsrichter erhalte, der zwischen Verbrauchern, Anbietern und Durchleitern vermediate.

Nach übereinstimmenden Berichten aus dem Umfeld der Verhandlungsteilnehmer wird eine umfassende Vorab-Regulierung der Durchleitungsentgelte angestrebt. Bisher war nur vorgesehen, daß allein Erhöhungen angemeldet werden müs-

sen. Nun ist beabsichtigt, daß alle Durchleitungspreise zur Genehmigung vorzulegen sind. Zur Vereinfachung ist geplant, daß ein Antrag, der nach sechs Monaten nicht abgelehnt wird, automatisch als genehmigt gelten soll.

Darüber hinaus hat man sich politisch darauf verständigt, daß der Gasnetz-Zugang gegenüber der geltenden Regelung verändert werden soll. Das Einspeisen und Ausspeisen soll für den Durchleiter einfacher werden. Ein Gasanbieter soll nicht mit jedem einzelnen Netzbetreiber auf der Strecke zu seinem Kunden verhandeln müssen, vielmehr sollen die Netzbetreiber zur Kooperation verpflichtet werden. Der Gasanbieter soll dann mit einem Ansprechpartner den Durchleitungspreis klären können.

Auch zeichnet sich ab, daß künftig die Grundlage für die Kalkulation der Netzentgelte nicht mehr im Gesetz, sondern in einer Verordnung geregelt wird. Es läuft darauf hinaus, daß im Betrieb befindliche Anlagen nach dem Grundsatz des Netto-

substanzerhalts und Neuinvestitionen nach dem Prinzip der Realkapitalerhaltung kalkuliert werden. Noch offen ist, wie das Zähler- und Meßwesen organisiert wird. Hierzu soll es dem Vernehmen nach eine eigene Verordnung geben.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband begrüßte, daß das Energiewirtschaftsgesetz wohl noch vor den Bundestagswahlen verabschiedet wird. „Was derzeit über den Inhalt des Kompromisses gemeldet wird, ruft bei uns jedoch gemischte Gefühle hervor“, sagte Vorstand Edda Müller. Als positiv bewertet sie, daß die Betreiber von Strom- und Gasnetzen für alle Netzentgelte eine Genehmigung beantragen müssen. Voraussetzung, um dies mit Leben zu füllen, sei jedoch eine entsprechende Ausstattung der Regulierungsbehörde. Auch die Nachricht zur Vereinfachung des Netzzugangs im Gasmarkt sei positiv. Zugleich äußerte der Bundesverband die Hoffnung, daß die angekündigte Einkassierung der Verbandsklagerechte kein Ziel des Kompromisses ist.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) begrüßte die Vereinfachung des Netzzugangs im Gasmarkt. „Das ist ein wichtiger Schritt, um den Wettbewerb zu stärken“, sagte BDEW-Präsidentin Edda Müller. Zugleich äußerte der Bundesverband die Hoffnung, daß die angekündigte Einkassierung der Verbandsklagerechte kein Ziel des Kompromisses ist.

In der Fremde für die Familie in der Heimat schufteten

Latino-Gastarbeiter in Amerika überweisen 45 Milliarden Dollar nach Hause / „Ohne das Geld wäre die Armut viel größer“

ctg. WASHINGTON, 3. Juni. „Wer drei Grenzen illegal überwindet, um Arbeit zu finden, in dem steckt eine gehörige Portion Unternehmerrgeist“, sagt Kai Schmitz. Der Deutsche, der seit fast zwei Jahren in der amerikanischen Hauptstadt arbeitet, spricht von seinen Kunden: Menschen aus Lateinamerika, vor allem aus El Salvador, die in und um Washington herum Arbeit als Reinigungskräfte, Gärtner oder Kellner finden. „Wären die Vereinigten Staaten nicht so liberal und ließen die Latinos hier arbeiten, die Armut in weiten Teilen Lateinamerikas wäre viel größer“, sagt Schmitz. Die Microfinance International Corporation, in deren Diensten der Rechtsanwalt und Betriebswirt steht, betreibt seit einiger Zeit in Washington und den angrenzenden Bundesstaaten Maryland und Virginia insgesamt fünf Büros mit dem Namen „Mi Pueblo“ – mein Dorf. Dort können legale wie illegale Gastarbeiter, die in den allermeisten Fällen nicht über ein reguläres Bankkonto verfügen, nicht nur ihre Lohnschecks einlösen. Mi Pueblo bietet als Dienstleistung auch den Geldtransfer in die Heimatländer der Latinos an. Neben El Salvador erstreckt sich das Angebot auch auf Guatemala, Honduras und Bolivien. In Kürze sollen Mexiko, Peru und Ecuador hinzukommen.

Es ist ein riesiger Markt, auf dem sich die Microfinance International Corporation tummelt und Platzhirschen wie der Western Union Konkurrenz macht. Im vergangenen Jahr haben Gastarbeiter aus Lateinamerika und der Karibik die Rekordsumme von 45,8 Milliarden Dollar in ihre Heimatländer überweisen, fast 8 Milliarden Dollar mehr als im Jahr zuvor. Fast drei Viertel des Geldes wird aus den Vereinigten Staaten verschickt, gefolgt von Europa und Japan. Nach Auskunft der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IADB) in Washington steht Mexiko unter den Empfängerländern mit geschätzten 16,6 Milliarden Dollar an erster Stelle, es folgen Brasilien (5,6) und Kolumbien (3,9). Die Geldtransfers an Familienmitglieder in der Heimat haben vielfach erheblichen Einfluß



Lateinamerikanische Helfer bei der Blaubeerernte

Foto Corbis

auf die Wirtschaftsentwicklung. „Ein Viertel des salvadorianischen Bruttoinlandsprodukts kommt durch die Transfers zustande“, sagt Schmitz. Seit 2002 haben die Überweisungen nach Angaben der IADB die offiziellen Entwicklungshilfefzahlungen und die ausländischen Direktinvestitionen in der Region Lateinamerika/Karibik übertroffen.

„In dieser Entwicklung spiegelt sich zum einen die wachsende Integration der Arbeitsmärkte wider. Die Basis für den Kapitalstrom aber bildet die Verpflichtung der Immigranten gegenüber ihren Familien in der Heimat“, sagt Donald Terry vom Multilateral Investment Fund (MIF) der IADB. Nach Erkenntnissen des Fonds leben rund 25 Millionen erwachsene Latinos außerhalb ihrer Heimatländer. „Es handelt sich um transnationale Familien, die ihren Beitrag in zwei Ländern, zwei Volkswirtschaften und zwei Kultu-

ren leisten“, sagt Terry. Der MIF setzt sich seit Jahren für eine Verringerung der Kosten für den Geldtransfer ein. Die Unterstützung von Projekten wie Mi Pueblo bringt Erfolge hervor: Inzwischen muß ein Gastarbeiter für einen Transfer nach Lateinamerika oder in die Karibik durchschnittlich nur noch rund 7 Prozent des Betrages an Gebühren bezahlen. Vor fünf Jahren waren es rund 15 Prozent.

Der Überweisungsbetrag liegt typischerweise zwischen 100 und 300 Dollar und wird meist zweimal im Monat verschickt. „Bei uns sind es derzeit durchschnittlich 311 Dollar“, sagt Schmitz. Dafür berechnet Mi Pueblo seinen Kunden 9 Dollar Gebühren, für Beträge zwischen 1 und 150 Dollar sind 6 Dollar fällig. Die Geschäftsidee des Unternehmens geht aber über den Geldtransfer und die Einlösung von Schecks hinaus. In dem von der Microfinance International Corporation be-

triebenen internetgestützten Überweisungssystem befindet sich zu jeder Zeit ein bestimmter Sockelbetrag von Kapital. Denn es vergehen meist einige Tage, bis das überwiesene Geld an den Empfänger ausgezahlt wird. „Mit diesem Geld wollen wir arbeiten“, erläutert Schmitz. Die Mikrofinanzinstitute, die vielfach die Partner in den Empfängerländern sind, erhalten von der Gesellschaft Kapital zur Vergabe von Kleinstkrediten. „Da geht es um Beträge von 500 Dollar, die ein Landwirt für den Kauf von Saatgut benötigt, oder von wenigen tausend Dollar zur Eröffnung eines kleinen Ladens“, sagt Schmitz. Den Mikrofinanzinstituten, betrieben vielfach von Nichtregierungsorganisationen oder privaten Unternehmern vor Ort, mangle es häufig an der notwendigen Kapitalausstattung, um selbst solche Kleinstkredite zu vergeben. „Und die großen Banken in diesen Ländern haben kein Interesse an diesen Kunden“, sagt Schmitz. Geplant sei darüber hinaus die Auflage eines Programms für Hypothekendarlehen in den Empfängerländern. Mi Pueblo bietet seinen Kunden seit einiger Zeit auch eine einfache Krankenversicherung sowie die Möglichkeit an, eine für die Vergabe von regulären Darlehen notwendige Kredithistorie aufzubauen. „Ein großer Teil des überwiesenen Geldes geht derzeit in den Konsum. Unser Ziel ist es, über die Kreditvergabe auch Geld in Investitionen zu lenken und damit den volkswirtschaftlichen Nutzen zu verbessern“, sagt Schmitz.

Mit diesen Vorstellungen nennt die Gesellschaft bei Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) in Washington offene Türen ein. In seinem jüngsten Bericht zur Lage der Weltwirtschaft hat der IWF ein Kapitel den Gastarbeiterüberweisungen gewidmet. Zu den Forderungen des Währungsfonds zählt nicht nur die Beseitigung von Hürden für den Markteintritt zusätzlicher Transferanbieter mit dem Ziel, die Kosten weiter zu senken. Darüber hinaus plädiert der IWF auch für einen besseren Zugang der Empfänger zu traditionellen Finanzdienstleistungen.

Arbeitsmarkt in Amerika enttäuscht

ctg. WASHINGTON, 3. Juni. Der Aufschwung auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt hat sich im Mai abgeschwächt. Im vergangenen Monat seien in Unternehmen außerhalb der Landwirtschaft 78 000 zusätzliche Stellen geschaffen worden, berichtete das Amt für Arbeitsmarktstatistik in Washington am Freitag. Das ist die schlechteste Zahl seit fast zwei Jahren. Im April hatte der Zuwachs noch 274 000 Arbeitsplätze betragen. Die neue Zahl blieb deutlich hinter den Erwartungen von Bankvolkswirten zurück. Sie hatten mehrheitlich mit 180 000 neuen, zusätzlichen Beschäftigungsverhältnissen gerechnet. Die Arbeitslosenquote in Amerika sank gleichwohl leicht von 5,2 auf 5,1 Prozent.

Nach Angaben des Amtes hat sich insbesondere bei den Gesundheitsdienstleistungen der Beschäftigungsaufschwung fortgesetzt. Dort seien im Mai 26 000 neue Mitarbeiter eingestellt worden. In den vergangenen zwölf Monaten seien in diesem wachsenden Wirtschaftszweig damit 233 000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Auch im Baugewerbe seien zusätzliche Stellen entstanden. Nicht verbessert habe sich hingegen die Lage im Verarbeitenden Gewerbe. Seit August vergangenen Jahres habe sich in dieser Sparte die Zahl der Beschäftigten um 67 000 verringert, hieß es.

Etwas schneller als von Bankvolkswirten erwartet sind im Mai die Löhne in

ANZEIGE

Advertisement for 'Schiefer.de' featuring the text 'Mehr als nur Fassade.' and contact information: Tel. 01805/751000 (0,12 €/Min.) www.schiefer.de

Amerika gestiegen. Der durchschnittliche Stundenlohn von Arbeitern in der privaten Wirtschaft stieg um 3 Cent auf 16,03 Dollar. Der durchschnittliche Wochenverdienst liegt damit bei 541,81 Dollar. Ökonomen hatten ein Plus von 2 Cent vorhergesagt. Die Erhöhung des Mindestlohnes in Florida um 1 auf 6,15 Dollar in der Stunde habe womöglich zum schnelleren Anstieg der Löhne landesweit geführt, hieß es zur Begründung. Die Lohnzuwächse und höhere Kosten für Leistungen wie Krankenversicherung haben die Lohnstückkosten in Amerika in den vergangenen Monaten deutlich erhöht.

Geld aus Berlin für Seehäfen und Straßen

enn. BERLIN, 3. Juni. Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe (SPD) will bei den Verkehrsinvestitionen seine Schwerpunkte auf den Ausbau der Hinterlandanbindung der Seehäfen legen. Außerdem sollen die Engpässe auf Straße und Schiene beseitigt werden. Der Minister teilt mit, die erste Tranche von rund 500 Millionen Euro des über vier Jahre laufenden Investitionsprogramms der Bundesregierung über 2 Milliarden Euro stehe für 54 Straßen-, 16 Schienen- und 12 Wasserstraßenvorhaben bereit. Zu knapp 80 Prozent seien die Projekte baureif. Auch bei einem Regierungswechsel im Herbst würde das Programm fortgeführt. Stolpe sagte, er könne sich keine Regierung vorstellen, die Infrastrukturmaßnahmen wieder zurücknehme. Zu den Projekten zählen etwa die Autobahn 4 Glauchau/Hohenstein-Ernstthal, die A 38 Bleichenrode/Worbis und A 73 Coburg/Lichtenfels. Bei der Schiene sind der Ausbau des Verkehrsknotens Köln sowie die für die Seehäfen wichtigen Strecken Hamburg-Lübeck und Stelle-Lüneburg auf der Liste. Das größte Projekt soll mit 200 Millionen Euro der weitere Ausbau der Strecke Nürnberg-Erfurt-Halle/Leipzig sein. Der CDU-Verkehrspolitiker Dirk Fischer kritisierte, Stolpe versuche, ein Nullsummenspiel als Erfolg zu verkaufen. „Zunächst wurden im Haushalt 2005 die Mittel um 600 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr gekürzt, nun werden sie um 500 Millionen Euro aufgestockt.“ Im übrigen stammten die Mittel aus 2004 nicht verbauten Schienemitteln.

Aussehen der Euro-Münze ändert sich

wmu. BRÜSSEL, 3. Juni. Auf der Rückseite der Euro-Münzen soll künftig der Name des jeweiligen Ausgabestaates stehen. Das sehen neue Leitlinien vor, die die Europäische Kommission erarbeitet hat. Sie verspricht sich davon, daß alle Münzen zweifelsfrei einem Land zugeordnet werden können. Dies sei vor allem vor dem Hintergrund notwendig, daß in Zukunft neue Länder der Währungsunion beitreten würden. Die Rückseite der Euro-Münzen wird von den jeweils ausgebenden Staaten gestaltet. Auf einigen Münzen ist dort heute schon der Name des Landes angegeben. Für die von Deutschland ausgegebenen gilt dies bislang nicht. Die Kommission schlägt außerdem vor, daß der Wert der jeweiligen Münze, der immer auf der Vorderseite abgebildet ist, künftig nicht mehr auf der Rückseite wiederholt werden soll. Die EU-Finanzminister werden die Leitlinien voraussichtlich in der kommenden Woche beschließen. Auf ihrer Tagesordnung steht außerdem eine Neugestaltung der Vorderseite. Geplant ist, die bisher abgebildete Landkarte der 15 alten EU-Staaten um die neuen Mitgliedsländer zu ergänzen (F.A.Z. vom 24. Mai). Die im Umlauf befindlichen Münzen behalten ihre Gültigkeit. Die Leitlinien sollen aber bei der Ausgabe neuer Münzen Anwendung finden.

Die Ost-Mieten müssen sinken

Zum Unsinn des Wohnungsabrisses in den neuen Bundesländern



Kristof Dascher



Hermann Ribhegge

Mietniveau in Ostdeutschland hoch. Ostdeutsche Bruttokalorien liegen bei durchschnittlich etwa fünf Euro, westdeutsche bei sechs Euro.

Tatsächlich fallen ostdeutsche Mieten nicht deswegen nicht, weil sie nicht fallen können, sondern weil sie nicht fallen sollen. Kommunale Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften halten weiterhin die Hälfte des ostdeutschen Wohnungsbestands. Diese Anbieter sind an einem Rückgang der Mieten nicht interessiert; sie haben hinreichend große Marktmacht, um einen Rückgang zu blockieren; und sie sind vielleicht sogar primär deswegen an einem großflächigen Abriss interessiert, weil dieser die Mieten auf heutige Niveau zementieren wird.

Es verwundert, daß ein möglicher Rückgang der ostdeutschen Mieten in der öffentlichen Diskussion schon fast den Status eines Tabus einnimmt. Es verwundert ferner, daß nicht einmal die theoretische Möglichkeit, ostdeutsche kommunale und genossenschaftliche Anbieter könnten ihre starke Position für ein Festschreiben der Mieten mißbrauchen, diskutiert wird. Und es verwun-

dert schließlich, daß statt dessen die knappe Ertragslage dieser Anbieter so sehr im Vordergrund steht.

Beobachter aus Theorie und Praxis hegen die Sorge, daß fallende Mieten zum „Kollaps“ ostdeutscher Wohnungsmärkte führen würden. Es drohe die Übernahme des Wohnungsbestands durch private Investoren. Diese Sorge hat einen ersten, aber auch einen ironischen Kern. Der wirklich ironische Kern ist, daß eine Privatisierung des Wohnungsbestands den Weg für einen Rückgang der Mieten gerade erst freimacht. Der erste Kern ist, daß die im Zuge der Privatisierung offenbar werdenden Vermögensverluste nicht nur auf die kreditgebenden Banken, sondern auch auf die Mieter (in ihrer Eigenschaft als Bürger der Kommune) zurückfallen könnten.

Der Fairness halber wenden wir uns spiegelbildlich der schwindelerregenden Unsicherheit der Mieter rund um den praktizierten Wohnungsabriss zu. In manchen ostdeutschen Städten stehen heute Teile des Stadtgebiets unter Abrisvorbehalt. Welcher Mieter möchte sich dann in

seiner Wohnung einrichten? Die Verunsicherung der Mieter über ihren eigenen Platz in der zukünftigen Stadt läßt sich kaum noch steigern. Ausgerechnet Haushalte, die ihre sozialen Bindungen über den Arbeitsplatz im Zuge der Transformation verloren, sehen jetzt auch noch ihr vertrautes Wohnumfeld bedroht.

Vielleicht ist es legitim, daß die ostdeutschen Mitglieder des Bundesverbands deutscher Wohnungsunternehmen (GdW) sich – wie wir vermuten – mit Händen und Füßen gegen einen Rückgang der Mieten sperren. Aber dann muß sich die Gesellschaft erst recht der Frage stellen, was wichtiger ist: Dauerhaft hohe Mieten zum Vorteil der Anbieter, zum Nachteil der Mieter und mit weiterhin hohem Leerstand oder teurem Abriss? Oder deutlich niedrigere Mieten zum Nachteil der Anbieter, zum Vorteil der Mieter und bei deutlich geringerem Leerstand? Dabei muß klar sein, daß die Erträge der Anbieter kein alleiniges Kriterium für die gesellschaftliche Wohlfahrt sein können – auch wenn dies in der praktischen Umsetzung des „Stadtumbaus Ost“ seltsamerweise so gehandhabt wird.

Anders gewendet: Warum sollten kommunale Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften – oder deren Kreditgeber – sich vor hohen Verlusten schützen dürfen, wenn dies eine wohlfahrtsteigernde Nutzung massenhaft leerstehenden Wohnraums verstellt, statt dessen dessen Zerstörung geradezu kompetent erscheinen läßt und tatsächlich sogar noch die Forderung nach deren Förderung nach sich zieht? Es ist paradox: Während der „Aufbau Ost“ Investitionen in Milliardenhöhe für neue Infrastruktur in Ostdeutschland bereitstellt, entzieht zeitgleich der „Stadtumbau Ost“ ebendieser Infrastruktur die Nutzer durch gezielte Desinvestition und dadurch provozierte Abwanderung der Mieter. Ein leichtfertiger Umgang mit so wohl unneutiveren als auch brachliegenden Ressourcen läßt sich schwer vorstellen.

Kristof Dascher und Hermann Ribhegge arbeiten an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Fotos privat